

P. B. Nr. 18

dodis.ch/34249Hans Karl Frey an Politisches Bern [durch Kurier], 10. August 1959⁴⁶¹NEUTRALITÄTSPOLITIK: AUSSICHTEN FÜR EINE EUROPÄISCHE
WIRTSCHAFTSASSOZIATION

Quelle: Gespräch mit Ministerialdirektor Prof. Carstens, Chef der Abteilung West I im Auswärtigen Amt, am 6. August 1959.

1. Im Anschluss an unser Gespräch über die Reaktion der deutschen Presse auf die 1. August-Rede von Herrn Bundesrat Petitpierre⁴⁶² in Sitten – worüber ich gesondert berichte⁴⁶³ – bemerkt C., er verfolge mit grossem Interesse die verschiedenen Strömungen in der Schweiz, die einen *Wandel der schweizerischen Neutralitätshaltung* befürworteten.

Ich verweise auf den Unterschied zwischen Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik. Die Schweiz steht unverrückt zur völkerrechtlichen Verpflichtung, die ihr durch die von den Mächten anerkannte Neutralität auferlegt ist. Darüber gibt es keine Diskussion. Die Neutralitätspolitik als *Maxime aussenpolitischen Handelns* kann aber eventuelle Kräfteverschiebungen in Europa und in der Welt nicht ausser betracht lassen. Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes bleibt jedoch oberstes Gebot, das keineswegs im Widerspruch⁴⁶⁴ zu dem in unserem Volk lebendigen Wunsch steht, dass ein innerlich einiges Europa auf verschiedenen Gebieten eng zusammenarbeite.

C. meint, es wäre gut, wenn sich die Schweiz dem Europa-Rat zuwenden würde. Seines Wissens wäre dies vom Gesichtspunkt des Neutralitätsrechtes durchaus zulässig. Natürlich darf man die Bedeutung dieses Gremiums nicht überschätzen, aber es ist doch ein Forum, wo alle europäischen Tendenzen zur Wirkung kommen sollten. Durch die Verknüpfung mit der OECE hätte man dem Europa-Rat eine reale Basis gegeben und so vielleicht der Schweiz den Beitritt erleichtert.

Ich erinnere an die Diskussion anlässlich der diesjährigen Frühjahrssession der eidgenössischen Räte im Anschluss an die Petition einer Gruppe von Parlamentariern, die eine Mitarbeit im Europa-Rat befürworteten. Der Bundesrat hat sich damals sehr zurückhaltend geäussert. Aber kann man heute noch ernsthaft über einen schweizerischen Beitritt sprechen, seitdem mit dem engen Zusammenschluss

⁴⁶¹ Kopie geht an: Die Schweiz. Botschaft in London, Moskau, Paris, Washington, den Schweiz. Beobachter bei der UNO, New York.

⁴⁶² Max Petitpierre; siehe: Kap. «Die Empfänger der Korrespondenz».

⁴⁶³ Nicht vorhanden.

⁴⁶⁴ In dieser Weise geschrieben.

der sechs Staaten, die sogar ein Europa-Parlament geschaffen haben, die Tendenz sichtbar geworden ist, einen Teil Europas staatlich zusammenzufassen?

Nach C. ist die EWG zustande gekommen, weil die sechs Staaten angesichts der Zurückhaltung der andern ein schnelleres Marschtempo einschlagen wollten. Damit sollten die andern Länder aber nicht vor den Kopf gestossen oder sogar geschädigt werden. Spaltungstendenzen sind bedauerlich und entsprechen nicht der ursprünglichen Konzeption. Das heutige Frankreich ist ein anderes als das damalige. Der Europa-Rat hat seine Bedeutung keineswegs verloren.

2. Ich frage C., wie er die Aussichten für eine *gesamteuropäische Wirtschaftsassozi-ation* beurteilt.

Er sagt, eine gründliche Analyse habe ergeben, dass die Widerstände in Frankreich nicht kleiner geworden sind. Das «Patronat français» ist trotz des bedeutenden Wirtschaftsaufschwungs nach wie vor nicht geneigt, den französischen Markt den Nicht-Sechs zu öffnen. Sie sagen, die Preisentwicklung sei noch nicht überblickbar und das Risiko eines Importsogs mit neuer Geldentwertung keineswegs gebannt. Es wäre daher leichtfertig, das mühsam Erreichte aufs Spiel zu setzen. Die französische Politik verfolgt ebenfalls andere Ziele als eine gesamteuropäische Freizügigkeit. Im Moment kann man nichts anderes tun als dafür zu sorgen, dass die traditionellen Warenströme in Europa sich nicht verändern. Dies ist durch bilaterale Absprachen möglich. Zu dem Zweck muss die wirtschaftliche Entwicklung von Land zu Land sorgfältig verfolgt werden.

Ich frage, was Deutschland zu tun gedenke, wenn die Warenströme ihren Lauf doch veränderten, was ja das Hauptziel der wirtschaftlichen Integration der EWG sei.

Wenn das bedeutet, dass Deutschlands Exportmärkte in den Ländern der kleinen Freihandelszone, vornehmlich in Skandinavien, in Österreich und in der Schweiz gefährdet werden, so ist nach C. mit Sicherheit ein starker Druck der betreffenden Wirtschaftszweige zu erwarten. Diesem Druck wird die Regierung Rechnung tragen müssen, und zwar durch Aktivierung ihrer Politik gegenüber Frankreich.